

## Stellungnahme zum „Armutbericht für Solingen“ (2009)

1. Seit dem 1. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aus dem Jahre 2001 gab es von Seite der Kirchen, einzelner Solinger Persönlichkeiten und vieler Ratsmitglieder Anfragen an OB Franz Haug, auch für Solingen einen solchen Bericht zu erstellen. Immer wieder wurde vertröstet - aber immerhin: 6 Jahre nach dem Bericht der Bundesregierung und 17 Jahre nach dem ersten Suhrkampfbändchen „Armut im Wohlstand“ von 1990 liegt ein „Armutbericht für Solingen“ endlich vor.
2. Konzeptionell unterscheidet sich der Solinger Bericht in einem ganz wesentlichen Punkt von dem Bericht der Bundesregierung, da sich der Solinger Bericht nur mit Armut beschäftigt, während sich der Bundesbericht nicht nur mit Armut, sondern auch mit Reichtum auseinandersetzt. Und insofern liegen hier konzeptionell zwei völlig verschiedene Berichte vor. Das ist fahrlässig, da sich Armut und Reichtum gegenseitig bedingen.
3. Werden Rathäuser verkauft, Schwimmbäder geschlossen und Stadtwerke fusioniert, dann sprudelt wie selbstverständlich der Finanztopf der Stadtverwaltung für Experten und Gutachter. Während es als normal angesehen wird, wenn die Stadtwerke 1,2 Mio. Euro für Gutachter in der gegenwärtigen Fusionsfrage ausgeben, so scheint es auch normal zu sein, wenn die Stadt für diesen Armutsbericht keinen einzigen Cent ausgegeben und ihn „lediglich“ von Mitarbeitern des Stadtdienstes Sozialplanung hat durchführen lassen. Gemessen an diesen finanzpolitischen Prioritäten ist der Stadt Solingen dieser Bericht nicht viel wert.
4. Ein „Armutbericht für Solingen“ kann dem Rat, der Stadtverwaltung und der Stadtspitze Anregungen zur Lösung von sozialen Problemen geben. Wenn ein solcher Bericht jedoch von Mitarbeitern der Stadtverwaltung und nicht von unabhängigen Experten geschrieben wird, steht von Anfang an zu vermuten, dass dieser Bericht nur wenig kritisch sein kann.
5. Der „Armutbericht für Solingen“ liest sich über weite Strecken wie eine akademische Seminararbeit und ist deswegen für die praktische, konkrete Kommunalpolitik nur wenig hilfreich. Nach rund zwanzig Jahren Armutsforschung in Deutschland sind deswegen die ersten zwanzig Seiten Definitionsarbeit zum Begriff Armut überflüssig.
6. Der „Armutbericht für Solingen“ stützt sich lediglich auf vorhandene Statistiken, kann sich aber nicht auf eigens für diesen Bericht erhobene Daten stützen. Das führt notwendigerweise dazu, dass vorhandene Daten fehlinterpretiert oder in neue Interpretationszusammenhänge hinein gezwängt werden. Und wenn man keine neuen Daten hat, dann kann man dem folgenden Satz nicht widersprechen: „Absolute Armut in Solingen lässt sich nicht an konkreten Zahlen festmachen.“ Klar: Wenn man nur eine Statistik über Birnen hat, dann lassen sich über Äpfel keine Aussagen machen. Freilich heißt das nicht, dass es Äpfel in Solingen nicht gibt.

7. Will man zuverlässige Angaben über Armut erheben, dann kann es nicht nur Forschung *über* Arme, sondern nur Forschung *mit* Armen geben. Die aber fehlt im Solinger Bericht völlig. In zukünftigen Armutsberichten gilt es also die Objekte von Forschung in den Rang von Subjekten zu erheben. Diese Forderung ergibt sich nicht nur aus forschungsethischen Gründen, sondern auch aus Gründen der Qualität der Ergebnisse.
8. Trotz all dieser Vorbehalte seien einige Ergebnisse (für verschiedene Jahre) fest gehalten:
  - Statistik: 833 Haushalte erbaten die Fachstelle für Wohnungsnotfallhilfe um Unterstützung (Energie- und Mietschulden, Zwangsräumung, private Verschuldung), 7.629 Personen erhielten Hilfen zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz, 1.006 Personen erhielten Leistungen im Alter bei Erwerbssicherung, 8.260 Personen bezogen Wohngeld, 15.296 Personen bezogen Geld wegen Arbeitslosengeld II, 1.432 Personen erhielten finanzielle Unterstützung wegen Grundsicherung im Alter bei Erwerbsminderung und 204 Personen waren Hilfeempfänger aus weiteren Gründen.
  - Risiko: Das Risiko, in Solingen (oder woanders) arm zu werden, steigt bei Arbeitslosigkeit, bei vielen Kindern, bei mangelnder Qualifikation, bei Scheidungen, bei Migranten und bei fehlenden Schul- und Berufsabschlüssen.
  - Schulden: In Solingen sind 6,2 Prozent der Bevölkerung verschuldet. Damit erzielt Solingen bundesweit das schlechteste Ergebnis.
9. Ein besonderes Augenmerk widmet der Bericht der Kinderarmut in Solingen. Positiv hervor zu heben ist an dieser Stelle, dass der Bericht auch auf nicht-materielle Armut eingeht. Auch zur Kinderarmut einige Ergebnisse:
  - Statistik: Kinderarmut zeigt sich in Solingen als eingeschränkte materielle Grundversorgung, in verminderten Bildungschancen, schlechterer Gesundheit und geringerer sozialer Teilhabe. Das betrifft in Solingen (je nach Statistik) zwischen 3.200 und 7.300 Kinder.
  - Nicht-materielle Armut heißt z. B.: Bildungsbenachteiligung, Aufwachsen ohne kulturelle Aktivitäten, soziale Vereinsamung, falsche Versorgung mit statusträchtigen Konsumgütern, Aufwachsen ohne emotionale Beziehung
  - Wohnraum: „Eine Vielzahl von Kindern lebt in beengten, zum Teil prekären und damit unzumutbaren Wohnverhältnissen.“
  - Gesundheit: Knapp elf Prozent aller Kinder leiden an Übergewicht.
  - Schulabschluss: Rund 8 Prozent aller deutschen und rund 17 Prozent aller Kinder mit Migrationshintergrund verlassen die Schule ohne einen Hauptschulabschluss.
10. Armutsbekämpfung macht nur dann Sinn, wenn man sie von Grund auf bekämpft. Tut man das nicht, betreibt man nur eine mühsame Mangelverwaltung. Das aber ist mit dem DGB nicht zu machen. Man hätte diesem Bericht zumindest an der einen oder

anderen Stelle eine klein wenig Kapitalismuskritik gewünscht! Wer wie CDU und SPD seit vielen Jahren den Sozialabbau fördert, die Staatsquote senkt, das Problem der Arbeitslosigkeit nicht ernsthaft angeht (Automatisierungssteuer, Kürzung der Arbeitszeit), die Bildungslandschaft vergammeln lässt, immer weniger Finanzmittel für Forschung & Entwicklung bereit stellt, die Binnennachfrage schwächt und eine Steuerpolitik zugunsten der Arbeitgeberseite betreibt, darf sich beim besten Willen nicht über ansteigende Armut wundern.

11. Das größte Manko des Solinger Armutsberichtes besteht freilich darin, dass er keinerlei Handlungsperspektive enthält. Für den DGB in Solingen steht fest, dass er seine Wahlprüfsteine bei der Kommunalwahl 2009 auch daran ausrichten wird, welche politische Partei im Rat der Stadt Solingen bereit ist, wesentlich mehr Geld als bisher zur aktiven Bekämpfung von Armut in Solingen auszugeben. Auch die fortschreitende Privatisierung kommunalen Eigentums fördert Armut insofern, als sie bei dann teureren Entgelten für privatisierte Dienstleistungen (z. B. teureres Spaß- und Wellnessbad) eine steigende Zahl von Menschen von der Teilhabe an diesen Dienstleistungen aussperrt.